

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – Konzept zur Umsetzung des Bundesgesetzes im Land Bremen**

Der demografische Wandel hat unsere Gesellschaft nachhaltig verändert. In bestimmten Arbeitsmarktsegmenten führt er im Bundesland Bremen bereits heute zu einem Mangel an qualifizierten Fachkräften. Dies ist besonders im Bildungsbereich, in den medizinischen und in den technischen Berufssparten spürbar. Auch der Wissenschaft fehlt es an Nachwuchs, während qualifizierte Migrantinnen und Migranten mit Gelegenheitsjobs wie Taxifahren oder Putzstellen ihr tägliches Brot verdienen müssen. Für Bremen ist es daher unabdingbar, dass die vorhandenen Qualifikationspotenziale aktiviert und genutzt werden. Neben einer menschenrechtlich orientierten Bejahung der Integration soll auch die problemlosere Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse Deutschland und damit auch unser Bundesland attraktiver für qualifizierte Zuwanderung machen. Das von der Bundesregierung beschlossene „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ hat am 4. November 2011 den Bundesrat passiert und wird am 1. März 2012 in Kraft treten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis zum 1. Juli einen Bericht zur Umsetzung des Bundesgesetzes in Bremen vorzulegen, in dem folgende qualitativen Merkmale berücksichtigt werden:

1. eine Beratung, die von interkulturell sensibilisiertem Personal durchgeführt wird, für Migrantinnen und Migranten sicherzustellen;
2. potenzielle Antragstellerinnen und Antragsteller proaktiv über die Möglichkeiten der Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse zu informieren;
3. Vorschläge zur Ermöglichung von Nachqualifizierung und Teilnahme an Anpassungslehrgängen zu formulieren und die Frage der Finanzierung der Lehrgänge bereits im Vorfeld zu klären;
4. auf Bescheide mit verständlichen und nachvollziehbaren Begründungen hinzuwirken,
5. über die Zuständigkeiten für das Verfahren übersichtlich und nachvollziehbar zu informieren.

Dr. Zahra Mohammadzadeh,  
Frank Willmann, Doris Hoch, Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Valentina Tuchel, Dieter Reinken,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD